

NACHRICHTEN

Schneeräumung mit Mehrkosten

VADUZ – Die Regierung hat die erste summarische Nachtragskredit-Sammelvorgabe für das laufende Jahr zuhanden des Landtags verabschiedet. Die Vorlage umfasst drei Nachtragskredite von 290 000 Franken und zwei Kreditüberschreitungen mit 870 000 Franken. Gesamthaft ergibt sich ein zusätzliches Volumen von 1,16 Millionen Franken.

Aufgrund der ergiebigen und lang anhaltenden Schneefälle während der Monate Januar, Februar und März wurde der Budgetkredit des Winterdienstes für das laufende Jahr bereits überschritten. Um den Winterdienst im weiteren Verlauf des Jahres durchführen und die bereits angefallenen Aufwendungen decken zu können, wird eine Kreditüberschreitung von 500 000 Franken beantragt.

In der Schlussphase der Realisierung der Ausstellung des Liechtensteinischen Landesmuseums zeigt sich, dass aufgrund terminlicher Verzögerungen von Teilprojekten ein zu geringes Jahresbudget vorgesehen wurde. Im Rahmen des zur Realisierung der Ausstellungen bewilligten Verpflichtungskredites unterbreitet die Regierung dem Landtag eine Kreditüberschreitung von 370 000 Franken zur Genehmigung.



Als Nachtragskredite werden zusätzliche Mittel im Bereich der Wirtschaftsförderung als Unterstützungsbeitrag für die Gewerbe- und Wirtschaftskammer und zur Weiterentwicklung des KMU- Kompetenzzentrums an der Hochschule Liechtenstein, ein Sonderbeitrag an Liechtenstein Tourismus sowie ein Beitrag zur Schaffung einer Patientenorganisation beantragt. (paf)

Gegen unsaubere Gelder

36 Prozent mehr Verdachtsmitteilungen wegen Geldwäscherei im Jahre 2004

VADUZ – Letztes Jahr gab es in Liechtenstein 234 Verdachtsmitteilungen wegen Geldwäscherei. Dies ist gegenüber dem Vorjahr (172 Meldungen) eine Zunahme von 36 Prozent. Mit einem Volumen von über 900 Millionen Franken wurde der Löwenanteil der verdächtigen Gelder Ländern der Russischen Föderation zugerechnet.

• Martin Frommelt

Das System zur Bekämpfung von Geldwäscherei und organisierter Kriminalität funktioniert: Dies ist das positive Fazit, das die seit vier Jahren operativ tätige Stabsstelle Financial Intelligence Unit (FIU) gestern anlässlich der Präsentation ihres Jahresberichtes 2004 ziehen konnte. «Die in den letzten Jahren eingeleiteten Anstrengungen im Bereich der Bekämpfung der Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung zeigen Wirkung und sind im Finanzsektor entsprechend verankert», konnten Regierungschef Otmar Hasler und FIU-Leiter René Brülhart mit Befriedigung feststellen. «Mittlerweile haben wir ein Abwehrdispositiv, das sehr gut verankert ist und dem sehr gut nachgelebt wird», so Brülhart.

Nicht mehr Geldwäscherei

Die Zunahme der Verdachtsmomente um 36 Prozent «heisst überhaupt nicht, dass man mehr Geldwäscherei hat, ganz im Gegenteil», stellte FIU-Leiter Brülhart klar. Positiv zu vermerken ist, dass der Grund, warum überhaupt eine Verdachtsmitteilung erstattet wurde, in 123 Fällen auf unternehmensinternen Erhebungen beruht. Der laut FIU wichtigste Indikator, die Anzahl Verdachtsmitteilungen, die aufgrund von internen Erhebungen erstattet wurden, ist im Vergleich zum Vorjahr annähernd gleich geblieben. Dies zeuge von einem «positiven Sensibilisierungsp-



Liechtensteins System zur Bekämpfung von Geldwäscherei funktioniert gut, berichteten gestern Regierungschef Otmar Hasler, FIU-Leiter René Brülhart und dessen Stellvertreter Ralph Zutter.

zess», so die FIU. In absoluten Zahlen sind 2004 praktisch gleich viele Verdachtsmitteilungen aufgrund von internen Erhebungen erstattet worden wie im Vorjahr. Stark zugenommen haben Verdachtsmitteilungen, die aufgrund von bereits laufenden Verfahren (Inlandsverfahren oder Rechtshilfeersuchen) erstattet wurden.

Wer erstattet Meldung?

Fast 95 Prozent aller 234 Verdachtsmitteilungen wurden von Banken (133) und Treuhändern (89) erstattet. Weiters Meldungen erstatteten Anwälte (9), Versicherungen (2) und die Post (1). Über 52 Prozent der Verdachtsmitteilungen (123) wurden aufgrund interner Erhebungen erstattet. Zusätzliche Meldegründe waren in 55 Fällen Rechtshilfeersuchen (knapp 24 Prozent) und in 56 Fällen das Vor-

liegen eines eigenständigen Inlandverfahrens (ebenfalls knapp 24 Prozent). Die Meldungen kamen von 12 der 16 der in Liechtenstein zugelassenen Banken. Bei den Treuhändern haben von den 399 in Liechtenstein zugelassenen Marktteilnehmern deren 46 Verdachtsmitteilungen erstattet.

Verdächtige Russengelder

Wie im Jahr zuvor waren die in den erstatteten Verdachtsmitteilungen aufgeführten wirtschaftlich berechtigten Personen in erster Linie schweizerischer Nationalität (22,6 Prozent). Es folgen Deutsche (21,4 Prozent), Amerikaner (8,1 Prozent) sowie Italiener (6,4 Prozent) und Österreicher (5,1 Prozent). Markant: Bei über 900 Millionen Franken der verdächtigen Gelder (bei nur 9 erstatteten Verdachtsmitteilungen) wurde das strafbare Delikt

in Ländern der Russischen Föderation vermutet. Es folgen die Schweiz (knapp 200 Mio. Franken), Deutschland (rund 100 Mio. Franken) sowie Italien (gegen 80 Mio. Franken).

Meldung an Staatsanwaltschaft

185 der 234 erstatteten Verdachtsmitteilungen, das sind fast 80 Prozent, wurden an die Staatsanwaltschaft weitergeleitet. Im Vergleich zum Vorjahr bedeutet dies eine Zunahme von knapp 7 Prozent. Eine Weiterleitung erfolgt dann, wenn sich anhand der von der FIU vorgenommenen Analyse der Verdacht der Geldwäscherei oder organisierter Kriminalität erhärtet. In rund 90 Prozent aller Fälle sei schliesslich ein Verfahren eröffnet worden, so FIU-Leiter René Brülhart.

ANZEIGE

Einladung